

ren Sorgen und Ängsten um die Zukunft. Diese Sorgen und Ängste sind zwar in sich legitim und gehören auch zur Existenz des Christen als solchen. Die Gestaltung der Zukunft der Menschheit ist je eine Aufgabe, die zum christlichen Leben des Menschen gehört, durch das er ewiges Heil oder ewige Verlorenheit bewirkt. Aber die erste und letzte Berufung, die über das Heil des Menschen total entscheidet, ist nicht die Sorge, in der es dem Menschen um sich selber geht, sondern die Annahme einer unverbrauchbaren Transzendenz auf Gott, in der Gott um seiner selbst willen geliebt wird und darin nicht mehr als Garant menschlicher Selbstbehauptung und Selbsterfüllung fungiert. Nur wenn der Mensch so von sich wekommt und nicht mehr zu sich selbst zurückkehrt, ist sein endgültiges Heil gegeben. Gerade diese Haltung, in der der Mensch nicht mehr seinen eigenen „Nutzen“ sucht, ist

aber ungesucht gerade jener Selbstvollzug, in dem der Mensch eine letzte Freiheit, eine letzte Getröstetheit findet, „die ihn gegenüber allen Vergötterungen innerweltlicher Mächte, gegenüber allen bloß innerweltlichen Optimismen und Pessimismen überlegen machen“.

Gerade das blanke Unverständnis, auf das Rahners Ausführungen bei vielen Zuhörern stießen, machte ungewollt etwas von der Provokation des eigentlichen Christlichen deutlich. Zudem war seine Rede allen jenen ins Stammbuch geschrieben, die das Christentum, die den christlichen Gott auf innerweltliche Funktionen festlegen wollen. Gegen alle innerweltliche Vernutzung Gottes, die sich – bewußt oder unbewußt – des Götzendienstes schuldig macht, stellte Rahner unmißverständlich die höhere Ehre Gottes.

Gerhard Ruis

Von deutscher Selbstbezogenheit zur Universalgeschichte

Zum Deutschen Historikertag 1978

Kongresse und Jahresversammlungen können der Repräsentation oder der Fortbildung, der Vorstellung von Nachwuchskräften oder der Artikulation von geistigen Bewegungen dienen, die in das Bewußtsein einer Wissenschaft oder der Allgemeinheit gehoben werden sollen. Die Teilnehmer können sich auch ganz einfach der Ausarbeitung neuer aufregender Fragestellungen widmen. Die Qualität der Tagungen ergibt sich aus dem bloßen Organisationstalent oder der Gestaltungskraft der Veranstalter und aus dem Unterschied, ob das Programm ohne Akzente bleibt oder um Kristallisationspunkte gegliedert wird. Insofern könnte die Geschichte der deutschen Historikertage ein interessantes Thema für eine Doktorarbeit abgeben.

Im Verlauf der bisherigen 32 Historikertage sind heftige Kontroversen in dramatischer Form ausgetragen, aber auch sehr langweilige Zusammenkünfte organisiert worden. Schon immer hat sich die Zeitgeschichte in der Themenwahl und in der Atmosphäre gespiegelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat dann die Verwirrung der ersten Jahre ebenso durchgeschlagen wie im letzten Jahrzehnt die Resignation vieler Hochschullehrer angesichts des Desinteresses und der Anfeindung, der sie oft ausgesetzt waren. In diesem Fach stehen öffentliche Anerkennung und persönliche Initiative seit jeher in einem Zusammenhang. Gleichzeitig hat es aber nie an Versuchen gefehlt, eine neue Lebendigkeit hervorzurufen. Die seit sechs Jahren andauernde *Zusammenarbeit des Historiker- und des Geschichtslehrerverbandes* bei der Vorbereitung und Durchführung der Zweijahrestagungen diente diesem Zweck. Die Grundlagenforschung sollte durch den Dialog mit der multiplizierenden Geschichtslehre an den öffentlichen

Schulen ein wenig aus der Selbstzufriedenheit der Universitäten herausgeführt werden.

Auf dem gerade in Hamburg abgehaltenen 32. Deutschen Historikertag stellten die Pädagogen zwei Drittel der Teilnehmer. Unter 1400 Anwesenden waren nur noch 220 Professoren zu finden. Die freien Geschichtsschreiber und mit historischen Arbeiten hervorgetretenen Publizisten, für die *Golo Mann*, *Franz Herre* oder *Joachim Fest* stellvertretend zu nennen wären, und die Inhaber der glänzenden Namen aus der Zunft fehlten vollständig. Ein Verlust an Substanz und ein Zuwachs der Teilnehmerzahl stehen sich gegenüber. Anhand einer solchen Bilanz wäre die Konzeption zu überprüfen, zumal der Historikertag offensichtlich seine Bedeutung als Forum einer großangelegten Meinungsbildung und als Ort der Vorstellung von hochbegabten Nachwuchskräften vor den Berufungsinstanzen einstweilen verloren hat.

Wissenschaft als universalhistorisches Problem

Der diesjährigen Veranstaltung, die vom 4.-8. Oktober im Hamburger Kongreßzentrum abgehalten wurde, fehlte aus mehreren Gründen das eindeutige Profil. Das Programm sollte die Erwartungen zu verschiedenartig interessierter Gruppen erfüllen. Für die Geschichtslehrer waren die didaktischen Probleme und die Einblicke in die Geschichte der Fachpädagogik wichtig; für die akademischen Historiker standen wissenschaftliche Problemgruppen im Vordergrund ihrer Interessen. Infolgedessen liefen zwei Tagungslinien nebeneinander her, die nur beiläufig

und gelegentlich miteinander verknüpft wurden. Die Skala der wissenschaftlichen Themen reichte von Nachfragen über die Entstehung der griechischen Demokratie und den Anfängen der Staatsbildung im Hochmittelalter zu den Spannungen zwischen Stadt und Herrschaft oder zur Verfassungsgeschichte im europäischen Mittelalter, von den Theorieproblemen der christlichen Kirchengeschichte über die Methoden der „personengeschichtlichen Erforschung des Mittelalters“ zu traditionellen Forschungsepochen deutscher Historiker: zu Humanismus und Renaissance oder zur internationalen Politik in der Periode der Reichsgründung. Die *didaktische Programmlinie* ist durch eine andere Themenkette zu charakterisieren: diese reichte vom Geschichtsunterricht im Kaiserreich und in der Weimarer Republik über den Unterrichtsansatz bei der Darstellung der deutschen Nation bis zur Analyse der Schülerinteressen. Die Übereinstimmung zwischen Forschern und Lehrern bestand in der Konzentration auf die nationale Selbstbetrachtung und auf die europäische Selbstbespiegelung. Unter 96 Referaten waren nur zwei der außereuropäischen Geschichte gewidmet.

Das Plenartheema, das den 22 Arbeitsgruppen übergeordnet wurde, war mit „*Wissenschaft als universalhistorisches Problem*“ formuliert. Die keineswegs chronologisch aneinander anschließenden Vorträge loteten dieses Thema im europäischen Altertum, dem Spätmittelalter und zu Beginn und Ende der Neuzeit aus. In diesem Rahmen gab es übrigens die bemerkenswertesten Vorträge. Zum ersten Male referierte ein Physiker, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft *Maier-Leibnitz*, vor Historikern über die geschichtlichen Wirkungen der Naturwissenschaften im 18. und 19. Jahrhundert.

Zugleich nahm der Stuttgarter Professor *A. Nitschke* seine Darstellung des naturwissenschaftlichen Denkens im Spätmittelalter und der Renaissance zum Anlaß einer universalen Betrachtung. Nebenbei erfolgte ohne ausdrücklichen Hinweis ein *Brückenschlag zwischen Geschichtswissenschaft und Psychologie*. Nahezu alle Wandlungen in der damaligen Zeit wurden auf eine totale Veränderung der Wahrnehmungsweise und der damit zusammenhängenden Maßstäbe für Zeit und Raum zurückgeführt. Die Übereinstimmung im geistig-seelischen Wandel zwischen Naturwissenschaftlern, bildenden Künstlern, politischen Denkern und religiösen Persönlichkeiten wurde überzeugend dargelegt. Zugleich wurde dieser Hinweis durch die Behauptung ergänzt, daß die gesellschaftliche Umwelt gleichmäßig prägend auf die Erfinder neuer astronomischer, künstlerischer und politischer Modelle eingewirkt hätte. Die damalige Zwischenzeit zwischen Mittelalter und Neuzeit wurde also als Ganzheit, somit als ein universaler Vorgang verstanden. Schließlich wurde jedoch noch eine radikal neue Frage aufgeworfen, die zugleich den geistigen Tendenzen unserer Gegenwart entspricht.

Hier wurde zum ersten Male die Möglichkeit einer neuen *Zusammenführung der verhängnisvoll auseinandertreibenden Spezialisierung* angedeutet. Der fragende Ansatz lautete, ob Naturwissenschaftler, Historiker und andere

Vertreter der Geisteswissenschaften gemeinsam nach der Herkunft jener Impulse forschen könnten, aus denen die großen Bewegungen und die Wandlungen der Menschheit hervorgehen. Dem Vortragenden ging es um eine Zusammenschau kosmischer, natürlicher, seelischer, geistiger und leibhafter Antriebe. Er forderte ausdrücklich zu gemischten Expeditionen ins Ungewisse auf. Universale Geschichtsbetrachtung wurde auf einmal nicht mehr als Aneinanderreihung von Einzelkenntnissen nach Art von Sammelbänden über einzelne Epochen, sondern als das Ergebnis einer integrierten Arbeitsgemeinschaft verstanden. Der Beifall war mager; trotzdem ereignete sich in diesem Referat der einzige wesentliche Fortschritt dieses Historikertages.

Selbstbezogenheit auf das Deutsche

Die öffentlichen Vorträge dienten wie immer der Selbstdarstellung der deutschen Geschichtswissenschaften. In dieser Beziehung ist schon immer aufgefallen, daß deutsche Historiker die Erforschung und Beschreibung deutscher Geschichte als ihre Hauptaufgabe betrachten. Diese Selbstbezogenheit ist nicht so selbstverständlich, wie es scheint, und wird etwa von den britischen Historikern *Arnold J. Toynbee* oder *Geoffrey Barraclough* durchaus widerlegt. Das Ringen um den Nationalstaat in der vergangenen Neuzeit und der allgemein in der Gegenwart zu erkennende Hang der Europäer zur Selbstbetrachtung wirken anscheinend in dieser Ausrichtung zusammen. Die österreichischen Historiker hatten auf ihrer Versammlung im Mai dieses Jahres diese zeittypische „Nabelschau“ noch mehr gesteigert, indem sie sich auf die Schicksalsgeschichte ihrer Hauptstadt Wien konzentrierten. Der emeritierte Hamburger Ordinarius *Fritz Fischer*, der durch seine Thesen über die *Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges* sehr bekannt geworden ist, erläuterte denn auch dessen Stellenwert in der deutschen Geschichte, obwohl dieser Vorgang doch schon durch seine Namensgebung als ein Weltereignis ausgewiesen wird. Dieser Historiker sah eine von der Reichsgründung bis 1945 durchlaufende Kontinuität aufgrund einer gleichbleibenden Zusammensetzung der Führungsschicht. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg erkennt er einen Umbruch durch das Ausscheiden von Adel und Offizierkorps und den Eintritt von Gewerkschaften und Vertretern der Massenmedien in die Oligarchie. Es wäre sicher einem Historikertag von 1978 angemessener gewesen, wenn das Geschehen des Ersten Weltkrieges in der Bedeutung für die Stellung des Abendlandes in der Weltgeschichte und nicht unter einem deutsch-nationalen Gesichtspunkt untersucht worden wäre.

Auch der öffentliche Schlußvortrag des Berliner Wirtschaftshistorikers *Wolfram Fischer* über die Entwicklung der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert hatte nur scheinbar ein zeitgemäßes Format. Solange die *globale Wirtschaftsordnung* von den nördlichen Industriestaaten

gestaltet wird, bleibt noch das überlieferte Bild von den Metropolen und den überseeischen oder transkontinentalen Peripherien maßgebend. So war denn auch die Beschreibung der Vorgänge auf europäische Maßstäbe und die Annahme hin angelegt, daß die „Entwicklungsländer“ erst aus ihrer passiven Lebensrolle herausfinden könnten, wenn sie die von Europa durchlaufenen Geschichtsstufen nachvollziehen und damit im Ökonomischen einen europäischen Lebensstandard erreichen. Von den Wechselbeziehungen zwischen traditioneller Lebensqualität und modernem Lebensstandard war nicht die Rede.

Sofern man sich auf die in Hamburg gegebene Selbstdarstellung der heutigen deutschen Geschichtswissenschaft und -darstellung verläßt, ist der längst fällige geistige Durchbruch zu neuen Standorten, Perspektiven und Kategorien also noch nicht gelungen.

Von solchen Fachtagungen werden nun auch Hinweise auf offensichtliche und unbewußte Verbindungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, auf die *Wechselbeziehungen zwischen aktueller Politik und wissenschaftlicher Bewältigung* der früheren Geschichte erwartet. Die Tatsachen nun, daß vor zwei Jahren in Mannheim der Bundespräsident und jetzt in Hamburg der Bundeskanzler eine der Eröffnungsreden gehalten haben, spricht sowohl für die Unzufriedenheit einzelner Politiker über eine unzureichende Mithilfe der Geschichtswissenschaft bei der Gestaltung des Zeitgeschehens, aber auch für die Absicht, den gesellschaftlichen und kulturellen Stellenwert der Historie durch den eigenen Auftritt zu erhöhen. Wichtig wurde eine Meinungsverschiedenheit über die Lage der Historie zwischen dem Politiker und den Fachleuten. Diese feierten nämlich ausdrücklich eine erneute Zuwendung der Bevölkerung zur Geschichte. Ihre euphorischen Sätze lauteten: „Der Abbau von Unterricht in Geschichte ist vorbei!“ und „Wir Historiker können uns über mangelndes Interesse an Geschichte nicht beklagen!“ Demgegenüber meinte Bundeskanzler Schmidt, er teile die Besorgnisse des Bundespräsidenten, daß die Deutschen im Begriff seien, ein geschichtsloses Land zu werden. Das würde allerdings einen Rückgang auf den geistig-seelischen Stand der Naturvölker bedeuten. Auch betonte der Bundeskanzler den Umfang des historischen Erbes der Europäer, das nicht unter Gleichschaltung mit der Europäischen Gemeinschaft auf die West- und Südregionen des Kontinentes beschränkt werden dürfe.

Wie hoch die *Gefahr der Verkümmern* inzwischen gewachsen ist, signalisierte auch noch der Sprecher der deutschen Geschichtslehrer. Es verstärkten sich, so erklärte er, die Tendenzen, bei der Behandlung der Epochen vor der Gründung der Bundesrepublik die mittel- und ostdeutsche Geschichte immer mehr zu verkürzen. Auch der abgetrennte Bereich der *Osteuropakunde* beweist, daß die politische Bemerkung angebracht war. Der Bundeskanzler sprach aus der Sicht eines Normalverbrauchers von Geschichtsbüchern und leitete aus den selbst empfundenen Enttäuschungen seine Mängelrügen ab. So forderte er die Akademiker auch lebhaft auf, sich persönlich um populär-

wissenschaftliche Geschichtsdarstellungen zu kümmern und auf diese Weise den Freiraum „populärwissenschaftlicher Aktivitäten“ Unbefugter einzuengen.

Mit der Entwicklung der Weltgeschichte nicht Schritt gehalten

Ein besonderes Merkmal des diesjährigen Historikertages bestand in der Absicht, möglichst viele *Themen aus der chronologischen Gegenwart* auf das Programm zu setzen. Die so verstandene Zeitgeschichte beginnt etwa in dem Epochenjahr 1917. Die ausgewählten Problemkreise umfaßten denn auch den Widerstand in der NS-Periode, die Stalinsche und nachstalinsche Gesellschaft oder den Strukturwandel des Zionismus zwischen Nationalismus und Sozialismus. Die Aktualisierung des Programms zeichnete sich außerdem in der Aufmerksamkeit ab, die der Lage der organisierten Arbeiterschaft in der Eisen- und Stahlindustrie während der Anfangsjahre der Weimarer Republik oder sogar der Bürgerrechtsbewegung in der Sowjetunion gewidmet wurde. Trotzdem wurde spürbar, daß die deutsche Geschichtswissenschaft mit diesen Programmverbesserungen nur scheinbar ihrer Zeit gerecht werden kann. Sie nimmt jetzt zwar neueste Tatsachen zur Kenntnis, paßt jedoch ihre Einstellungen noch nicht den zeitgenössischen Perspektiven an. Inmitten eines bis ins kollektive Unbewußte der Völker wirksamen Umbruches betrachten die einzelnen Forscher die Ereignisse ihrer Lebenszeit noch aus dem Blickwinkel der vergangenen europäischen Neuzeit. Der Standort der meisten deutschen Historiker gibt ein aktuelles Beispiel für die Ungleichzeitigkeit der gleichzeitig lebenden Menschen. Er liegt rückwärts der erlebbaren Gegenwart.

Ein anderer Versuch, die *Distanz zwischen den Leistungen der Hochschullehrer und den Bedürfnissen der Allgemeinheit* zu verringern, wurde durch eine besondere Erklärung des Historikerverbandes unternommen. Diese Erklärung beruhte auf einem vorgezogenen und den Behörden der Kulturverwaltung in Bund und Ländern zugeleiteten „Memorandum zur Situation der außereuropäischen Geschichte an den deutschen Universitäten“. In diesem Text wird für jede deutsche Hochschule unter Hinweis auf die befriedigende Lage der Osteuropakunde mindestens ein Lehrstuhl für *außereuropäische Geschichte* gefordert. (Vorschläge für eine konkrete Arbeitsteilung bei der Konzentration auf diese oder jene Erdregion an den einzelnen Universitäten werden nicht gemacht.) „Die Zeit, da die Beschäftigung mit der Welt außerhalb Europas als exotisches Kuriosum erscheinen mochte, ist vorbei. Die von den jeweiligen Zeitströmungen getragenen Debatten über Nord-Süd-Konflikte sind oberflächlich, wenn ihnen die historische Dimension fehlt.“ Auch sei jetzt der habilitierte Nachwuchs herangewachsen. In der Entschließung des Historikerverbandes wird eine entschlossene Förderung durch Einrichtung von akademischen Dauerstellungen gefordert. In fünf bis acht Jahren sollte die Auswei-

tung und Institutionalisierung dieses wissenschaftlichen Gesichtskreises durchgeführt sein. Überraschenderweise wird in diesem Zusammenhang nicht von Lehrstühlen für zeitgenössische Weltgeschichte oder für Kultur- und Völkerpsychologie gesprochen. Auch die Umwidmung auslaufender Professuren wird sogar ausdrücklich und energisch abgelehnt. Die traditionellen Historiker, die in der zeitgemäßen Perspektive wie Eurologen wirken, wollen also die Neuerung nur, wenn ihr eigener Besitzstand an den Universitäten unangetastet bleibt.

In ihrer Begründung verweisen sie dann auch nur, ein wenig zu modisch, auf „die wachsende Bedeutung der Dritten Welt“ und noch nicht auf den bereits in Weltpolitik, Weltwirtschaft und kulturellen Tendenzen vollzogenen Übergang von der abendländischen und eurozentrischen Weltgeschichte zum globalen und polyzentrischen Weltgeschehen, in der außereuropäische Regionen nicht mehr periphere Zonen europäischer Großmächte sind. Diese Umstellung müßte aber bis in die wissenschaftliche Arbeitsgliederung hineinwirken: der Bearbeiter Lateinamerikas kann jetzt genausowenig als iberischer Romanist verstanden werden wie der mit der afrikanischen Moderne Befasste als Hilfswissenschaftler der Frankreich- oder Englandkunde unter Hinweis auf die im Süden vorherrschenden Literatursprachen. Ein Blick in die während des Historikertages eingerichteten Stände der Schulbuchverleger hat gezeigt, daß auch die Lehrmittel mit der Entwicklung der Weltgeschichte nicht Schritt gehalten haben. Auch bei den Schulbuchautoren herrscht das Denken in den Horizontgrenzen der Vergangenheit vor. Bestenfalls waren Arbeitshefte und Atlanten zur Universalgeschichte zu finden, in denen der europäisch-abendländischen Geschichte lediglich einige Seiten oder Karten über die Dritte Welt angehängt waren.

Über den dritten Annäherungsversuch an die Interessen und Vorstellungen der Gegenwart ist bereits anhand der Berücksichtigung der Geschichte der Naturwissenschaften im Tagungsprogramm berichtet worden. Der bisher noch parallel zur staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Darstellung laufende Ansatz sollte bis zu einer ganzheitlichen Geschichtsschreibung weitergeführt werden, die geistige Bewegungen, seelische Veränderungen, kulturelle Gestaltungen und politische Aktivitäten zu einem in sich geschlossenen Epochenbild zusammenschließt, ohne daß übrigens die dialektischen Spannungen vernebelt werden.

Dringend einer Reform bedürftig

Der Deutsche Historikertag bedarf gerade dann einer Reform, wenn sich der Aufwind eines zunehmenden Geschichtsinteresses bestätigen sollte. Einstweilen bleibt noch offen, ob die Politiker oder die Historiker die Zeitströmungen tiefer durchschaut haben. Für eine Verstärkung der Anteilnahme von Seiten der Fachwissenschaftler oder der Öffentlichkeit an dieser Veranstaltung bieten sich

in Zukunft verschiedene Möglichkeiten an: der nächste im März 1980 vorgesehene Historikertag könnte als *Dialog zwischen den älteren und den jungen Fachleuten* gestaltet werden. Dann ergibt sich von selbst eine aufregende Hochspannung, weil die Horizontgrenze und Vorstellung der jüngeren Generationen der globalen Weltgeschichte mehr entspricht, deren Terrain sich in Regionen und Autonomien gliedert. Die Zusammenschau aller Lebenserscheinungen gehört ebenso zu den ihnen angeborenen Perspektiven wie das Bewußtsein des Massenzeitalters, das sich von den Epochen des Bürgertums abhebt. Sie leben insofern universale Erdgeschichte. Die Synthese der regionalen Geschichtsbilder ist ihr Thema. Vor allem aber ist ihr Menschenbild von der kopernikanischen Wende bestimmt, die die bisherige Annahme einer Autonomie und absoluten Selbstbestimmung der geschichtsträchtigen Personen hinter sich läßt. All dies unterscheidet diejenigen, die in der ersten Lebenshälfte stehen, von vielen Älteren nach der Lebensmitte. Es stoßen nicht nur verschiedene Zeiten, sondern sogar Weltbilder kontrovers aufeinander.

In diesem Jahr haben die Staats- und Wirtschaftshistoriker in Hamburg und die Kunstwissenschaftler in Düsseldorf gleichzeitig getrennt voneinander getagt. Der *Kontakt zwischen den Historikern der Politik und der Kultur* ist ganz offensichtlich unzureichend und entspricht nicht der auch vom Bundeskanzler angedeuteten Tiefe der Geschichte oder dem Streben nach Universalgeschichte. Der Pluralismus von Spezialdisziplinen wirkt sich vielmehr als eine Beziehungslosigkeit aus. Von ihr sind allerdings die Auslandswissenschaften ebenso bewahrt geblieben wie die ausländische Germanistik, die sich besonders in den USA als umfassende Deutschlandkunde versteht. Das Nachholen einer Synthese, wenn nicht Integration könnte zur Aufgabe des Historikertages werden, der dann freilich auch die Zusammensetzung der vorbereitenden Gremien weiter auslegen müßte.

Schließlich gilt es, Probleme aufzugreifen, die sich aus der Tatsache des Massenzeitalters von selbst ergeben. Vor 1945 wurde das allgemeine Geschichtsbewußtsein lediglich von den Familien und Schulen, innerhalb des Bildungsbürgertums auch von Zeitschriften und historischen Romanen und Gemälden beeinflusst. Inzwischen ist die Mitverantwortung der Erwachsenenbildung im Zuge der besonders vom Europarat propagierten lebenslangen Erziehung und der Massenmedien vom Museum bis zum Hörfunk oder Fernsehen deutlich erkennbar. Gemeinsame thematische und pädagogische Überlegungen mit den Schullehrern decken also nur noch teilweise und in traditioneller Gewohnheit den Anwendungsbereich für Geschichte ab. Das Partnergespräch sollte deshalb weiter aufgefächert werden. Und schließlich scheint angesichts der modernen Entwicklung der Lehrmittel ein Nachdenken über Hochschuldidaktik fällig, das bisher noch gar nicht stattgefunden hat.

Da ein Kongreß niemals alle Wünsche erfüllen und sämtliche als notwendig erkannten Fortschritte bewältigen

kann, wäre über die Würzburger Veranstaltung hinaus ein Zehnjahresplan der Historikertage nützlich. Die Einleitung ist, wie gesagt, bereits in Hamburg mit der Forderung nach gleichmäßiger Berücksichtigung von europäischer und fremder Geschichte angezeigt worden. Dieser Ent-

schluß zwingt aber auch dazu, die Arbeitsverbindungen zwischen Historikern traditioneller Art einerseits und Japanologen, Sinologen, Orientalisten, Afrikanisten und Lateinamerikanisten andererseits zu intensivieren.

Oskar Splet

Kurzinformationen

In der Frage der von der Würzburger Synode an den Heiligen Stuhl gerichteten Voten sind die römischen Entscheidungen bekanntgegeben worden. Die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik hatte bekanntlich 16 Voten bezüglich gesamtkirchlich relevanter Fragen an den Papst gerichtet. Das Ausbleiben des Bescheides bzw. seiner Bekanntgabe durch die Deutsche Bischofskonferenz hatte mehrfach Kritik hervorgerufen. Diese Kritik wurde auch auf den zwei Veranstaltungen auf dem Freiburger Katholikentag zum Thema Synode (vgl. HK, Oktober 1978, 532) laut, insbesondere auf der zeitlich früheren, einer kurzfristig ins Zusatzprogramm aufgenommenen Podiumsdiskussion mit führenden ehemaligen Synodalen unter Beteiligung des Bischofs von Speyer, *Friedrich Wetter*. Auf entsprechende Fragen nahm bei dieser Veranstaltung Bischof Wetter das Wort, um über den Stand der Behandlung der Voten zu informieren. Bei der zweiten im offiziellen Katholikentagsprogramm vorgesehenen Synodenveranstaltung – sie fand im Verlag Herder statt und erweiterte die aktuelle deutsche Synodenthematik um die theologisch-grundsätzliche Dimension (mit einem Referat von Prof. *Heinrich Fries*, München) und um die europäische Perspektive (mit Statements aus Österreich und der Schweiz) – zeigte sich, daß die Tatsache der Information auf jeden Fall befreiend gewirkt hat, auch wenn Art, später Zeitpunkt und Inhalt der Information weiter kritisiert wurden.

Im einzelnen ergibt sich nach den Ausführungen von Bischof Wetter folgendes Bild: Vier Voten sind *entschieden* (der Wunsch nach zusätzlichen eucharistischen Hochbeten für die Jugend wurde abgelehnt; die Delegation von Priestern zur Firmung soll nicht – wie gewünscht – ausgedehnt werden, um wenigstens die sporadische Präsenz der Bischöfe in den Gemeinden zu fördern; die Aufhebung des Ehehindernisses der Konfessionsverschiedenheit wurde ebenfalls abgelehnt; eine positive Antwort gab es zu dem Wunsch, gegebenenfalls in der Bundesrepublik in jedem Jahrzehnt eine Synode durchzuführen). Zu zwei Voten gab es *Zwischenbescheide*: bezüglich der Erweiterung der Möglichkeiten der Interkommunion (z. B. in Mischehen) und der Behandlung wiederverheirateter Geschiedener. In beiden Fällen wurde vom Vatikan auf die Notwendigkeit weiterer Studien und gesamtkirchlicher Einigkeit verwiesen, wobei keine Möglichkeit angedeutet wurde, daß in absehbarer Zeit eine Änderung der bisherigen Praxis zu erwarten ist. Eine angemessene *Berücksichtigung bei der Reform des Codex Iuris Canonici* wurde für die übrigen zehn Voten zugesagt. Über den ganzen Komplex (einschließlich der vatikanischen Begründungen für die Bescheide) soll nun seitens der Bischofskonferenz demnächst ausführlicher informiert werden.

Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR tagte Ende September in Ost-Berlin. Die Tagung stand

im Zeichen der jüngsten Entwicklungen im Verhältnis der evangelischen Kirche zum Staat und einer verstärkt aufkommenden geistlich-theologischen Polarisierung unter den Christen in der DDR. In dem der Synode vorliegenden Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen (vgl. FAZ, 18. 10. 78) wurde eine nüchterne Sicht der Beziehungen zum Staat geboten. In bezug auf das Gespräch der Vertreter der Kirchenleitungen mit SED-Chef *Erich Honecker* vom 6. März dieses Jahres (vgl. HK, Mai 1978, 216ff.), dem gewiß hervorstechendsten Ereignis des Berichtszeitraums, hieß es, dadurch seien „nicht alle Schwierigkeiten behoben“. Der grundsätzliche Widerspruch zwischen christlichem Glauben und marxistisch-leninistischer Weltanschauung bleibe. Der 6. März habe aber gezeigt, daß bei prinzipiell unterschiedlichen Grundüberzeugungen Verständnis möglich sei. „Negative Erfahrungen auch in den letzten Monaten können zu Skepsis hinsichtlich der Tragfähigkeit dieses Gespräches führen. Solche Erfahrungen sind zwar auch künftig nicht auszuschließen; aber wir hoffen, daß sie immer seltener werden.“ Die Begegnung sei Ergebnis „eines langen und manchmal schmerzlichen Lernvorgangs für alle Beteiligten“, der weitergehen müsse. Eindeutig wurde festgehalten, daß in der Streitfrage der letzten Monate zwischen Staat und Kirche, dem *Wehrkundeunterricht*, die unterschiedlichen Positionen bestehen bleiben. Dem Staat gegenüber wurde erneut die Erwartung ausgesprochen, daß in der Unterrichtsgestaltung Katastrophenschutz und Erste Hilfe den Vorrang haben werden und daß die Teilnahme an vormilitärischen Lagern freiwillig bleibt bzw. die Nichtteilnahme kein negativer Beurteilungsmaßstab wird. Zugleich wurden Kirchenleitungen, Gemeinden und einzelne Christen noch einmal an ihre eigene Verantwortung für die Erziehung zum Frieden erinnert. Darüber hinaus gehöre es aber „zum unverzichtbaren Auftrag der Kirche, ihre Erkenntnisse auch dann öffentlich auszusprechen, wenn sie sich nicht in Übereinstimmung mit der Regierung oder der öffentlichen Meinung befindet“. Möglichkeiten politischer oder publizistischer Mißdeutung seien dabei zwar zu bedenken, sie könnten aber keine vorrangige Bedeutung beanspruchen und müßten notfalls in Kauf genommen werden.

Vor dem Hintergrund der Selbstverbrennung des Pfarrers *Rolf Günther* in der Kirche von Falkenstein (vgl. HK, Oktober 1978, 536) befaßte sich die Synode mit innerkirchlichen Spannungen im Zuge der Ausbreitung orthodox-pietistischer Erneuerungsbewegungen. Offensichtlich findet eine volksmissionarisch geprägte Verkündigung, die eine klare Alternative zum Zeitgeist und zur Staatsdoktrin liefert, wachsenden Zuspruch. Dadurch scheinen sich einerseits auch Jugendliche und Kirchenferne erneut für die Kirche zu interessieren, andererseits entstehen Konfrontationen in den Gemeinden. Der Vorsitzende des Kirchenbundes, Bischof *Wilhelm Schönherr*, stellte zu dieser Situation fest: „Wir erleben eine der großen Niederlagen unseres Glaubens; wir erleben, daß wir Christen offenbar nicht in der Lage